

Agrarsubventionen

Geld für Bauern fließt an Konzerne

LANDWIRTSCHAFT

Neue Datenbank zeigt, dass Südzucker, Bayer und RWE hohe Beträge erhalten haben

BERLIN taz | Großkonzerne haben im vergangenen EU-Haushaltsjahr in Deutschland millionenschwere Agrarsubventionen kassiert. Deutschlands größtes Milchunternehmen Nordmilch bekam rund 9 Millionen Euro von der EU. Das zeigt eine Datenbank, die die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung am Mittwoch im Internet veröffentlichte. Nordmilch erwirtschaftete 2009 einen Umsatz von 1,9 Milliarden Euro.

Europas größter Zuckerhersteller, die Südzucker AG, erhielt 2,7 Millionen Euro. Südzucker hat nach eigenen Schätzungen im vergangenen Geschäftsjahr 6 Milliarden Euro verdient. Einer der größten Schlachthofbetreiber, die niederländische Vion, bekam 1,9 Millionen Euro von der EU, der Konkurrent Gausepohl 1,4 Millionen. Auch der Energiekonzern RWE zapfte die staatlichen Agrarfonds an: Das Unternehmen, das Braunkohletagebaue rekultiviert, kassierte 514.000 Euro. Der Chemiegigant Bayer, ein wichtiger Produzent von Pestiziden und Gentech-Pflanzen, bekam 183.000 Euro.

"Die Zahlen belegen, dass die Mittel an die Falschen gehen", sagte Reinhild Benning vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. "Konzerne kassieren Millionen, der durchschnittliche Landwirt wird mit Kleckerbeträgen abgespeist."

Auf der einen Seite verhinderten die jährlich rund 60 Milliarden Euro EU-Agrarsubventionen nicht, dass viele kleine Bauernhöfe aufgeben müssen. Auf der anderen Seite förderten sie "indirekt die Massentierhaltung". Schließlich bezögen die subventionierten Schlachthöfe die Schlachttiere meist aus umweltschädlicher und quälender Haltung. Benning: "Da ist überhaupt keine Gegenleistung für die Gesellschaft zu erkennen."

Als Beispiel hob sie Bayer hervor. "Das ist *das* Gentechnik-Unternehmen in Deutschland. Es bekommt Geld, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung Gentechnik in der Landwirtschaft ablehnt." Von den Firmen lag zunächst keine Stellungnahme vor.

"Die Hauptempfänger sollten nicht große Unternehmen sein, sondern kleine Betriebe, die umweltschonend wirtschaften und Arbeitsplätze sichern", sagte Manfred Redelfs von Greenpeace. Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) müsse ihren Widerstand gegen einen Vorschlag der EU-Kommission aufgeben, die Subventionen für Großunternehmen zu deckeln und dabei die Zahl der Arbeitskräfte zu berücksichtigen.

Die EU-Staaten müssen die Empfänger der Agrarsubventionen von Gesetzes wegen veröffentlichen. Deutschland stellt unter Berufung auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs dieses Jahr aber nur Firmen und andere Organisationen ins Netz.

JOST MAURIN

"Da ist keine Gegenleistung für die Gesellschaft zu erkennen"

REINHILD BENNING, BUND

29april2011

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=wu&dig=2011%2F04%2F28%2Fa0100&cHash=a0d1e08d26>